

# Protest ohne Zähne? Entwicklung und Wandel sozialer Bewegungen während der Amtszeit Abes

*Anna Wiemann*

Eine Bilanz der Entwicklung sozialer Bewegungen in Japan während der zweiten, acht Jahre langen Amtszeit Shinzō Abes könnte lauten, dass es zwar vermehrte Sichtbarkeit von Widerstand im öffentlichen Raum gab, der Protest jedoch ohne deutlichen politischen Einfluss blieb. Doch wie so oft ist die Situation komplexer als der erste Blick suggeriert. Um Abes Wirken im Hinblick auf soziale Bewegungen einzuordnen, skizziere ich die Dynamik zwischen der Abe-Regierung und der inner- sowie außerparlamentarischen Opposition am Beispiel von zwei, in den Abe-Jahren wichtigen Bewegungen: der Anti-Atomkraftbewegung (2011/12–2014) und der Bewegung gegen die von der Abe-Regierung angestrebte Verfassungsänderung, insbesondere des Artikels 9 (»Friedensartikel«) (2015–2016).

Die Entwicklungen während der Hochphase der Anti-Atomkraftbewegung waren in besonderer Weise geprägt vom Regierungswechsel von den von der Demokratischen Partei Japans (DPJ) geführten Regierungen (2009–2012) zur Administration der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) unter Abe im Dezember 2012. Hier lässt sich beobachten, dass die DPJ-Regierungen sozialen Bewegungen gegenüber im Vergleich offen agierten. Auch innerhalb der LDP waren einige Parteimitglieder in dieser Phase noch nicht auf ein Festhalten an der Atomkraft festgelegt. Mit dem Amtsantritt Abes jedoch wurde in dieser Frage die Parteidisziplin deutlich angezogen.

Im Sommer 2012, etwa ein Jahr nach der Dreifachkatastrophe vom 11. März 2011, erlebte die Anti-Atomkraftbewegung einen wichtigen Höhepunkt. Anlässlich der Genehmigung der Wiederinbetriebnahme des Atomkraftwerks Ohi durch den damaligen Premierminister der Demokratischen Partei Japans (DPJ) Yoshihiko Noda sammelten sich in der Spitze 200.000 Protestierende vor dem Parlament in

Tōkyō.<sup>1</sup> Die Wiederinbetriebnahme war bereits eine erste Abweichung vom Kurs des vorangegangenen DPJ-Premierministers Naoto Kan, dessen Amtszeit sich von Juni 2010 bis September 2011 erstreckte. Kan hatte sich zum Ende seiner Amtszeit deutlich zum Atomausstieg und zur Förderung erneuerbarer Energien bekannt. Er knüpfte seinen Rücktritt als Premierminister an die Durchsetzung eines Gesetzes zur Förderung erneuerbarer Energien. Dieses Gesetz verpflichtete Stromanbieter, Strom aus erneuerbaren Energiequellen mit einer festen Einspeisevergütung abzunehmen. Dies war für Bürgergruppen, die als Genossenschaften Strom aus Erneuerbaren gewinnen, eine wichtige Voraussetzung um ihre Aktivitäten auszuweiten. Trotz Nodas unpopulärer Entscheidung bzgl. der Wiederinbetriebnahme des AKW Ohi, gab es für Vertreterinnen und Vertreter sozialer Bewegungen unter den DPJ-Premiers relativ guten Zugang zu politischen Foren. So erreichte die Anti-Atomkraftbewegung beispielsweise am 22. August 2012 ein direktes Treffen mit Noda zwecks eines Austausches von Meinungen zur zukünftigen Energiepolitik.<sup>2</sup> Auch sollten Bürgerinnen und Bürger und zivilgesellschaftliche Akteure im Sommer 2012 bei der Entwicklung einer neuen Energiepolitik über den Anteil von Atomenergie durch die Einreichung von öffentlichen Stellungnahmen (*pabu kome*) mitwirken. Diese Möglichkeit nahmen Bürgerorganisationen zum Anlass, eine Nuclear Zero Public Comment Group (Genpatsu Zero Pabu Kome no Kai) zu gründen und starteten eine Kampagne, um möglichst viele Meinungen zu akquirieren.<sup>3</sup> Die Möglichkeit der Beteiligung über öffentliche Stellungnahmen bestand bereits vor der Atomkatastrophe, die LDP-Regierungen widmeten diesen jedoch selten Aufmerksamkeit.

Darüber hinaus bildete sich innerhalb des Parlaments im März 2012 eine überparteiliche Vereinigung von Parlamentariern gegen Atomkraft (Genpatsu Zero no Kai), der sich auch Politiker der LDP anschlossen. Prominentestes LDP-Mitglied in dieser Gruppe ist Tarō Kōno, der sich zunächst auch nach Abes Amtsantritt noch mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft beriet und bei Advocacy-Veranstaltungen zu Energiepolitik ohne Atomkraft und für Erneuerbare Energien auftrat. Als er jedoch für einen Ministerposten ins Gespräch kam, reduzierte er seine Anti-Atom-Aktivitäten. 2017 wurde er als Außenminister in das 3. Abe-Kabinett aufgenommen. Ein weiterer prominenter Atomausstieg-Fürsprecher war der ehemalige LDP-Premierminister Junichirō Koizumi, dem hinter Abe bislang längsten LDP-Premierminister im Amt (2001–2006). Er unterstützte in der Gouverneurswahl in Tōkyō im Februar 2014 aktiv den Anti-Atom-Kandidaten Morihiko

<sup>1</sup> Nach der Katastrophe waren zunächst alle Reaktoren in Japan abgeschaltet worden.

<sup>2</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=zg0HhEG4imY> (20.07.2022).

<sup>3</sup> <https://publiccomment.wordpress.com/page/21/> (20.07.2022).

Hosokawa (ebenfalls ehemaliger Premier, 1993–1994, zuletzt parteilos). Koizumi galt jedoch zu diesem Zeitpunkt bereits als ohne signifikanten Machteinfluss innerhalb der LDP. Anlässlich eines Treffens zwischen Genpatsu Zero no Kai-Mitgliedern und zivilgesellschaftlichen Gruppen im Jahr 2013 berichtete der damalige LDP-Abgeordnete Masatoshi Akimoto<sup>4</sup> von einer Umfrage innerhalb seiner Partei zur Meinung der Mitglieder bzgl. Atomkraft. Die Ergebnisse dieser Umfrage seien aber auch parteiintern nicht veröffentlicht worden. Dies weist darauf hin, dass mit dem Amtsantritt Abes insbesondere im Hinblick auf das Thema Atomkraft eine neue Parteidisziplin etabliert wurde.

Ein weitere, den politischen Zugang für soziale Bewegungen erschwerende Entwicklung war die restriktive Medienpolitik Abes. Der Zugang zu Medien ist für soziale Bewegungen ein wichtiges Tool, um die breite Gesellschaft zu erreichen, um die öffentliche Wahrnehmung ihrer Anliegen und so den Druck auf die Politik zu erhöhen. Mit Abes Amtsantritt wurden Medienvertreter in Partei- und Regierungsbüros berufen oder von Regierungsvertretern besucht und zur »Richtigkeit« von bestimmten Medieninhalten befragt. Daraus, und aufgrund des im Dezember 2013 verabschiedeten Geheimnisschutzgesetzes (mehr dazu später), resultierte eine zunehmende Medien-(selbst)kontrolle bzgl. regierungskritischer Inhalte (Wiemann 2017).

Trotz des sich zunehmend erschwerenden Zugangs zu politischen Foren und der relativ unkritischen, homogenen Berichterstattung in den Mainstreammedien hat sich in diesen Jahren die Anti-Atomkraftbewegung in Japan weiterentwickelt und konsolidiert. An den am meisten sichtbaren Aktivitäten sozialer Bewegungen, dem Straßenprotest, nahmen so viele Menschen wie zuletzt in den 1960er Jahren teil (Chiavacci und Obinger 2018). Insbesondere bildeten sich in dieser Zeit neue organisationale Netzwerke und Koalitionen, die neben Straßenprotesten auch weniger sichtbare Aktionen gemeinsam durchführten. Dazu gehörten Aktivitäten im Advocacybereich, aber auch Symposien, Workshops, Unterschriftensammlungen, Pressekonzferenzen, Publikationen und vieles mehr (ausführlich siehe Wiemann 2018).

Darüber hinaus nahm die Kooperation zwischen Wirtschaftsakteuren und der Bewegung für erneuerbare Energien deutlichere Formen an. So rief Softbank-Chef Masayoshi Son im August 2011 die gemeinnützige Stiftung Renewable Energy Institute ins Leben. Der Fokus dieses Instituts liegt auf Forschung, Politikberatung und internationalem Netzwerken, um die Entwicklung und Verbreitung erneuerbarer Energien voranzutreiben. Das Institut entstand in enger Abstimmung mit

<sup>4</sup> Bis 2021 Unterhausabgeordneter für den Bezirk Chiba 9. Im Jahr 2020 veröffentlichte er ein Manifest »Für ein Land ohne Atomkraft« (*Genpatsu no nai kuni he*), auf dessen Buchumschlag Kōno Werbung für ihn macht: »Der Mann, der mehr noch als ich in der LDP für den Atomausstieg steht« (*Ore yori sugoi, jimintō no ›datsu genpatsu‹ otoko da*).

Tetsunari Iida, dem Vorsitzenden der seit dem Jahr 2000 existierenden NPO Institute for Sustainable Energy Policies (Kankyō Enerugī Seisaku Kenkyūjo). Auch die Johnan Shinkin Bank engagierte sich für einen Atomausstieg. Der ehemalige Leiter der Bank, Tsuyoshi Yoshiwara, trat 2013 und 2014 häufig auf zivilgesellschaftlichen Veranstaltungen auf und bekräftigte die Haltung seiner Bank. Insbesondere machte er sich stark für die Finanzierung von Projekten erneuerbarer Energien. Auch auf der lokalpolitischen Ebene gründete sich 2012 eine Vereinigung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die sich für ein atomkraftfreies Japan engagieren. Die Mayors for a Nuclear Power-Free Japan (Datsu Genpatsu o Mezasu Kubichō Kaigi) kooperieren mit zivilen Akteuren und verstehen sich als Treiber für einen Wechsel in der Energiepolitik von unten.

Neben den Initiativen für einen Atomausstieg und für erneuerbare Energien gab es eine gemeinsame Initiative von Parlamentariern aller Parteien und zivilen Akteuren, die zur Verabschiedung des Opferschutzgesetzes (Nuclear Victim Support Law) im Juni 2012 führte. Während dies weitgehend als Erfolg gefeiert wurde, war das Gesetz vielen zivilen Gruppen nicht konkret genug, sodass sie die Implementierung des Gesetzes in einer Koalition kritisch begleiteten und Advocacyarbeit betrieben (Wiemann 2018). In dieser Koalition waren auch viele neu gegründete Mütter- bzw. Elterngruppen für den Schutz ihrer Kinder vor Strahlung engagiert, die neben der Kooperation mit anderen Organisationen auch auf der lokalpolitischen Ebene aktiv waren (Holdgrün und Holthus 2016). Zuletzt darf nicht vergessen werden, dass seit der Atomkatastrophe in Japan eine deutlich unabhängigere Atomkraftregulierungskommission (Genshiryoku Kisei Iinkai) etabliert wurde – eine Entwicklung, die sicherlich auch dem Druck der Straße zu verdanken ist (siehe auch den Beitrag in dieser Spezialausgabe von Florentine Koppenborg).

Der Schwung sozialer Bewegung übertrug sich gegen Ende 2013 auch auf die Proteste gegen das Geheimnisschutzgesetz, das der Abe-Regierung eine Ausweitung der Bereiche, die zu Staatsgeheimnissen erklärt werden dürfen, erlaubte. Gleichzeitig erhöhte es die Strafen für Whistle Blower und kooperierende Journalistinnen und Journalisten. Diese Proteste wurden maßgeblich von der Anti-Atomkraftbewegung gestützt. In dieser Zeit bildete sich die Studierendengruppe SASPL (Students Against the Secret Protection Law), die sich im Mai 2015 zu der Studierendenbewegung SEALDs (Student Emergency Action for Liberal Democracy) erweiterte. SEALDs wichtigstes Anliegen war es, sich gegen die von Abe angestrebte Auflösung der liberalen Demokratie und die Unterminierung der japanischen Verfassung, insbesondere des Friedensartikels (Artikel 9), stark zu machen. Die Bewegung organisierte 2015–2016 teilnehmerstarke Demonstrationen vor den Parlamentsgebäuden mit bis zu 120.000 Menschen. Diese Proteste richteten sich noch

deutlicher gegen die Figur Abe als die Anti-Atom-Proteste zuvor. Nicht selten sah man auf diesen Demos Plakate mit einem Konterfei Abes mit Hitlerbart begleitet von Rufen »Abe ha yamero!« (Stop Abe!). Wichtige Merkmale dieser Bewegung waren auch das hippe, modische Design im gesamten Auftritt und die rhythmischen, an Hiphop angelehnten Call-and-Response Rufe, z. B. »This is what democracy looks like!«. SEALDs wurde von vielen etablierten Anti-Atom-Organisationen, aber auch anderen progressiven Gruppen und vielen Hochschullehrenden unterstützt. Generell ist das Image einer apolitischen Jugend in Japan weit verbreitet und viele Organisationen beklagen einen Mangel an Nachwuchs, sodass hier eine Erleichterung spürbar war, dass die Jugend eine eigene Stimme fand. Nach ihrer Gründung in Tōkyō bildeten sich schnell lokale SEALDs-Gruppen im ganzen Land.

Ein wichtiger Höhepunkt der Bewegung war im September 2015 eine öffentliche Anhörung von Gegnern der von der Abe-Administration angestrebten Änderung der Sicherheitsgesetze in einem Parlamentsausschuss. Der Premierminister war aber, anders als noch Noda 2012, nicht anwesend. SEALDs wurde von Aki Okuda, einem der prominentesten Sprecher der Bewegung vertreten. Okuda leitete sein Statement ein mit den Worten, dass er die Parlamentarier darum bitte, nicht zu schlafen, er sei schließlich selbst so aufgeregt gewesen, dass er die Nacht zuvor nicht hätte schlafen können.<sup>5</sup> Dies ist zwar eine situative Anmerkung, drückt aber eine direkte Kritik an den ›schlafenden Parlamentariern‹ aus, die seiner Ansicht nach ihrer demokratischen Verantwortung nicht nachkommen.

Ein Charakteristikum dieser Bewegung war ihr Umgang nicht nur mit sozialen Medien, sondern auch mit Mainstream-Massenmedien. O'Day et al. (2018) arbeiten heraus, dass SEALDs sehr erfolgreich die Aufmerksamkeit der Massenmedien erreichte, dies jedoch nach sich zog, dass sie die Kontrolle über ihr Image und ihr Narrativ verloren. Dazu gehörte, dass sie zunächst nicht ganz ernst genommen und später einige Mitglieder mit ihren persönlichen Geschichten und ihrer Popularität in eine Unterhaltungssparte rutschten. Dennoch verbreiteten sie auf diese Weise ihre Fragen an den Zustand der Demokratie in Japan und ihre Sorge bezüglich einer Remilitarisierung des Landes. Während sie einerseits versuchten, Protest für junge Leute attraktiv zu machen, waren immer auch Sorgen präsent, was ihre zukünftigen Chancen auf dem Arbeitsmarkt anging: welche Firma würde solch kritische und aktive junge Leute nach ihrem Universitätsabschluss einstellen? Dass es den jungen Menschen trotz der konservativ kontrollierten Medienlandschaft gelang, in der Breite portraitiert zu werden, mag zum einen daran liegen, dass das Thema Verfassungsänderung auch in konservativen Kreisen kontrovers ist. Die Popularisierung

<sup>5</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=5dsMhkj6eHk> (20.07.2022).

einzelner Mitglieder der Bewegung und die Bedrohung zukünftiger Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhte jedoch die Hemmschwelle, sich der Gruppe anzuschließen. Nachdem Abe seine umstrittenen Sicherheitsgesetze, insbesondere der weiteren Aufweichung des Artikels 9 durch die nun mögliche Teilnahme Japans an kollektiver Selbstverteidigung, durchgesetzt hatte, löste sich SEALDs im August 2016 auf. Die meisten Mitglieder der Kerngruppe sind jedoch weiterhin in anderen Kontexten aktiv.

Während seiner Amtszeit konnte Abe eine grundlegende Verfassungsänderung nicht durchsetzen, auch weil ihm dazu die notwendige Zweidrittel-Mehrheit in beiden Häusern fehlte. Dennoch waren Abes Anstrengungen in diese Richtung eine Voraussetzung für die nun unter LDP-Premierminister Fumio Kishida erreichten notwendigen Mehrheiten dazu. Die neue Bedrohungssituation durch den Krieg Russlands in der Ukraine und der tödliche Anschlag auf Abe im Juli 2022 mögen auch in der Bevölkerung zu einer offeneren Einstellung im Hinblick auf eine Verfassungsänderung und eine ›Normalisierung‹ des japanischen Staates beitragen.

Die exemplarische Betrachtung dieser beiden sozialen Bewegungen zu Beginn der acht Jahre andauernden Amtszeit Abes zeigt, dass insbesondere der Atomunfall im Jahr 2011 eine neue Welle von Protest in Japan hervorrief, die sich zuletzt mit dem Protestzyklus der 1960er Jahre vergleichen lässt. Die Organisatorinnen und Organisatoren dieser Proteste seit 2011 setzten dem seit den 60ern in der Bevölkerung vornehmlich negativen, gewalttätigen Image von Straßendemonstrationen ein friedliches, demokratisch-teilhabendes Image entgegen. Auch auf der organisationalen Ebene konsolidierten sich Netzwerke ziviler Akteure, die an einem Wandel von unten mitwirken. An alternativen Stimmen zum Regierungsdiskurs mangelt es in Japan also nicht. Die Taktik der Abe-Administration im Umgang mit dem Protest hingegen lässt sich als eine Kombination aus sanfter Repression, Missachtung und einem durch die Medienkontrolle verhinderten Zugang zur breiten Gesellschaft beschreiben.

Dass Straßenprotest über die Zeit ermüdet und/oder sich in Teilen radikalisiert, gilt in der sozialen Bewegungsforschung als natürlich auftretendes Phänomen. Straßenprotest kostet Energie und Emotion, sowohl bei der Organisation als auch bei der Teilnahme. Das scheinbare Erreichen von Teilzielen, wie eine Anhörung im Parlament, trägt ebenfalls zur Erschöpfung des Protests bei. Hinzu kommt die Schwierigkeit des Zugangs zum öffentlichen Diskurs. So sind die beiden größten Hindernisse bei der Durchsetzung alternativer, progressiver politischer Ideen in Japan aus meiner Sicht erstens, das Fehlen einer schlagkräftigen, vereinten politischen Opposition zur LDP, die in den Augen der Wählerinnen und Wähler eine zuverlässige wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zukunftsvision für das Land reprä-

sentiert. Zweitens, wie u. a. die offene Mitgliedschaft Abes und vieler seiner Kabinettsmitglieder in der nationalistischen Organisation Nippon Kaigi (Japan Conference) zeigt, sind nationalistisch-konservative Kreise auf den höchsten Ebenen präsent und bestimmen den Diskurs. Die gesellschaftliche Wahrnehmung einer wirtschaftlichen Dauerkrise und der äußeren Bedrohung durch die mächtigen Nachbarn China, Russland und Nordkorea spielt konservativen Kräften in die Hände und kann von innenpolitischen Problemen oder Kontroversen ablenken.

Dennoch möchte ich diesen Essay nicht mit einer allzu pessimistischen Note beenden, denn Wandel ist möglich. Die beiden skizzierten Bewegungen, aber auch andere, ihnen folgende Proteste (wie Anti-Rassismus, Anti-Olympia oder #Metoo) zeigen, dass Japan über eine lebhafte alternativ-progressive Szene verfügt. Die etablierten Netzwerke und Verbindungen sowie ihre zunehmende Professionalisierung können ein Ausgangspunkt für weitere gemeinsame Aktionen sein, die nach und nach kleine Erfolge erringen können. Der Protest in Japan hat also durchaus Zähne, nur beißt er sie sich seit der Ära Abe verstärkt an den obengenannten Hindernissen aus.

## Literatur

- Chiavacci, David und Julia Obinger (2018), »Towards a New Protest Cycle in Contemporary Japan? The Resurgence of Social Movements and Confrontational Political Activism in Historical Perspective«, in: David Chiavacci und Julia Obinger (Hg.), *Social Movements and Political Activism in Contemporary Japan: Re-emerging from Invisibility*, London: Routledge, S. 1–23.
- Holdgrün, Phoebe und Barbara Holthus (2016), »Babysteps towards Advocacy: Mothers against Radiation«, in: Mark R. Mullins und Kōichi Nakano (Hg.), *Disasters and Social Crisis in Japan: Political, Religious, and Sociocultural Responses*, New York: Palgrave Macmillan, S. 239–266.
- O'Day, Robin, David H. Slater und Satsuki Uno (2018), »Mass Media Representations of Youth Social Movements in Japan«, in: David Chiavacci und Julia Obinger (Hg.), *Social Movements and Political Activism in Contemporary Japan: Re-emerging from Invisibility*. London: Routledge, S. 177–197.
- Wiemann, Anna (2017), »Mit dem Smartphone gegen NHK? Mobilisierungsstrategien der japanischen Anti-Atomkraftbewegung unter Abes restriktiver Medienpolitik«, in: Gabriele Vogt und Steffen Heinrich (Hg.), *Japan in der Ära Abe: Eine politikwissenschaftliche Momentaufnahme*, München: Iudicium, S. 184–202.
- Wiemann, Anna (2018), *Networks and Mobilization Processes: The Case of the Japanese Anti-Nuclear Movement after Fukushima*, München: Iudicium.